

## Rechtsfolgen verfassungswidriger Steuergesetze

Die Unvereinbarkeitsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter besonderer Berücksichtigung steuerverfahrensrechtlicher Gesichtspunkte

Bearbeitet von  
Michael Schwindt

1. Auflage 2014. Taschenbuch. XXVIII, 212 S. Paperback  
ISBN 978 3 8441 0368 7  
Format (B x L): 14,8 x 21 cm  
Gewicht: 358 g

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht > Verfassungsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

**Michael Schwindt**

## Rechtsfolgen verfassungswidriger Steuergesetze

Die Unvereinbarkeitsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter besonderer Berücksichtigung steuerverfahrensrechtlicher Gesichtspunkte

Reihe „**Steuer, Wirtschaft und Recht**“, Band 347

Herausgegeben von vBP StB Prof. Dr. Johannes Georg Bischoff, Wuppertal, Dr. Alfred Kellermann, Vorsitzender Richter (a. D.) am BGH, Karlsruhe, Prof. (em.) Dr. Günter Sieben, Köln, und WP StB Prof. Dr. Dr. h. c. Norbert Herzig, Köln

Lohmar – Köln 2014, 240 Seiten

ISBN 978-3-8441-0368-7

€ 56,- (D) ♦ € 57,60 (A) ♦ sFr 78,-

---

Vor Erhebung einer Klage ist es für den Steuerpflichtigen nicht vorhersehbar, ob eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu einer Rückerstattung einer verfassungswidrig erhobenen Steuer führen wird. Auf der einen Seite bestehen Ungewissheiten bei der Frage, ob ein Steuergesetz materiell verfassungswidrig ist. Auf der anderen Seite erklärt das Bundesverfassungsgericht oftmals – entgegen den Erwartungen zahlreicher Steuerpflichtiger – verfassungswidrige Steuergesetze nicht mit Rückwirkung, sondern nur mit Wirkung pro-futuro für verfassungswidrig. Diese Rechtsprechungspraxis rechtfertigt es besonders häufig mit dem Fiskalargument.

Die vorliegende Arbeit hat untersucht, in welchen Fällen das Bundesverfassungsgericht von seiner pro-futuro Rechtsprechungspraxis Gebrauch macht. Dazu wurden zunächst die Anwendungsbereiche und Fallgruppen der verschiedenen Tenorierungsaussprüche dargestellt. Im Anschluss daran wurde überprüft, ob die Unvereinbarkeitserklärung mit Wirkung pro-futuro generell verfassungsrechtlich zulässig ist. Im Rahmen dieser Fragestellung wurden die verschiedenen Begründungen des Bundesverfassungsgerichts für die Weitergeltung verfassungswidriger Steuernormen erörtert. Insbesondere wurde der Frage nachgegangen, ob ein Entscheidungsausspruch mit Wirkung pro-futuro allein mit fiskalischen Interessen gerechtfertigt werden kann. Dabei hat diese Untersuchung einen Bezug zu den zahlreichen Ansichten in der Literatur hergestellt. Ferner wurde die umfangreiche Judikatur des Bundesverfassungsgerichts aufgegriffen und auf Widersprüche hin überprüft.

*Michael Schwindt* wurde am 12. August 1985 in Bonn geboren. Er studierte von 2005 bis 2010 Rechtswissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Universität zu Köln. Von 2012 bis 2014 absolvierte er den juristischen Vorbereitungsdienst im Oberlandesgerichtsbezirk Köln (Landgericht Bonn). Die Promotion zum Dr. iur. erfolgte durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln im Jahre 2014. Derzeit arbeitet er als Rechtsanwalt in einer internationalen Wirtschaftskanzlei in Köln.

# Inhaltsübersicht

## Einleitung

### 1. Teil: Entscheidungsaussprüche des Bundesverfassungsgerichts bei Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes

- § 1 Der Regelfall: Die Nichtigkeitserklärung
- § 2 Die Entscheidungsvariante der Unvereinbarkeitserklärung
- § 3 Die Entscheidungsvariante der Appellentscheidung
- § 4 Die Entscheidungsvariante der verfassungskonformen Auslegung

### 2. Teil: Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung

- § 1 Die Weitergeltungsanordnung als besondere Form der Unvereinbarkeitserklärung
- § 2 Die Weitergeltungsanordnung als Rechtsgrundlage
- § 3 Voraussetzungen für die Weitergeltungsanordnung
- § 4 Kann das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber Vorgaben für eine Neuregelung erteilen?
- § 5 Zusammenfassung

### 3. Teil: Verfassungsrechtliche Gründe für die Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung

- § 1 Weitergeltung verfassungswidriger Normen wegen der Rücksicht auf das Interesse auf verlässliche Finanz- und Haushaltsplanung
- § 2 Die Weitergeltung verfassungswidriger Normen wegen der Notwendigkeit eines gleichmäßigen Verwaltungsvollzugs
- § 3 Die Weitergeltung verfassungswidriger Normen aus Gründen der Rechtssicherheit
- § 4 Der Vertrauensschutz des Gesetzgebers als verfassungsrechtlicher Grund für die Weitergeltung verfassungswidriger Normen
- § 5 Die Weitergeltung verfassungswidriger Normen zum Schutz eines gesetzgeberischen Konzeptes eines Artikelgesetzes
- § 6 Zusammenfassung

### 4. Teil: Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Unvereinbarkeitserklärung mit Übergangsregelung

- § 1 Abgrenzung zur Unvereinbarkeitserklärung mit Weitergeltungsanordnung
- § 2 Übergangsregelungen als besondere Form der Unvereinbarkeitserklärung
- § 3 Voraussetzungen für den Erlass einer Übergangsregelung
- § 4 Zusammenfassung

### 5. Teil: Fazit und Zusammenfassung

✂-----

#### Bestellungen bitte an:

**JOSEF EUL VERLAG GmbH, Brandsberg 6, 53797 Lohmar, Fax: 0 22 05 / 90 10 6-88**

Hiermit bestelle ich \_\_\_\_\_ Exemplar(e) des Titels „**Rechtsfolgen verfassungswidriger Steuergesetze**“ von **Michael Schwindt, ISBN 978-3-8441-0368-7** zum Preis von € 56,- (D). Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands versandkostenfrei gegen Rechnung.

Name: \_\_\_\_\_

Firma: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Datum

Unterschrift